

A black and white close-up portrait of Helmut Brandt, an elderly man with a thoughtful expression, looking slightly to the right. The image is the background for the book cover.

ALBRECHT MÜLLER

BRANDT

AKTUELL

TREIBJAGD AUF EINEN
HOFFNUNGSTRÄGER

WESTEND

Für Anke,
die dieses Buch von Herzen gern
mitgeplant und bereichert hätte.
Sie kann es nicht.
Ihr Wunsch hat mich beflügelt.
Sie mochte Willy Brandt. Wie auch ich.
Das bleibt in diesem Text nicht verborgen.



© privat

Albrecht Müller, geboren 1938, ist Volkswirt, Publizist und Politiker. Müller war Wahlkampfmanager von Willy Brandt und Planungschef im Bundeskanzleramt unter den Bundeskanzlern Brandt und Schmidt. Von 1987 bis 1994 war er für die SPD Mitglied des Deutschen Bundestages und ist seither als Autor und Herausgeber von www.nachdenkseiten.de tätig.

Albrecht Müller

BRANDT AKTUELL

Treibjagd auf einen Hoffnungsträger

WESTEND

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen,
Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung
und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN 978-3-86489-064-2
© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2013
Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin
Umschlagabbildung: Harry Walter
Satz: Publikations Atelier, Dreieich
Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany

Inhalt

Warum dieses Buch?	7
Ein Jahrhundertpolitiker	11
Von der Kurpfalz über München nach Bonn	21
Parteifreunde und andere Feinde	29
Schicksalsjahr 72 – Triumph und Niedergang	32
»Die wollen gar nicht gewinnen«	36
Ein harter Kampf – für Brandt und die SPD	42
Ein totgeschwiegener Putschversuch	46
Der eine sät, die anderen ernten	51
Der ungeliebte Konkurrent	57
Wehner, der illoyale Machtmensch	63
Schmidt, die Führungspersönlichkeit	71
Üble Nachrede	78
Totschlagargument Depression	82
Brandt, der Teilkanzler?	88

Erfolglos im Inneren?	97
Mythos Linksruck	102
Das wahre Erbe Willy Brandts	112
Politisierung	112
Mehr Demokratie wagen	114
Brandt, der gute Deutsche	119
»Nicht der Krieg, der Frieden ist der Vater aller Dinge«	121
Gegen den Herrschaftsanspruch der finanzstarken Oberschicht	123
Solidarität statt Egoismus	127
Der Integrator	130
Die prägende Kraft des guten Vorbildes	130
Anmerkungen	132
Literatur	134
Dokumentation	136
1. Die Planung des Wahlkampfes 1972	137
2. Der Putschversuch des Großen Geldes mit unzähligen anonymen Anzeigen	145
Danke vielmals	157
Zum Umschlagfoto und zum Fotografen	158

Warum dieses Buch?

Es war Rut Brandt, die den letzten Anstoß dazu gegeben hat, dieses Buch zu schreiben. Nils Johannisson, früher einmal Art-direktor der Werbeagentur ARE, hatte sie und ihren Lebensge-fährten Niels Norlund im Juni 1998 in Norwegen besucht. Als Gastgeschenk brachte er mein Buch *Willy wählen 72* mit. Er selbst war 1972 mit mir zusammen am Wahlkampf der SPD be-teiligt gewesen und hatte auch das Buch gestaltet. Am nächs-ten Morgen berichtete Rut Brandt, sie habe die halbe Nacht mit der Lektüre zugebracht. An den abgedruckten Dokumenten könne man sehen, wie sehr Willy einer regelrechten »Treib-jagd« ausgesetzt gewesen sei.

Die Treibjagd hatten seine politischen Gegner zu verantwor-ten: die »Offenen« der Union, aber auch die mit ihnen sympa-thisierenden rechtsnationalen Kräfte aus Industrie und Wirt-schaft, die viel Geld in die Hand nahmen, um den amtierenden Kanzler Brandt zu diskreditieren. Was bis heute vielen an Ge-schichte und Gegenwart Interessierten nicht bewusst ist: Auch innerhalb der SPD wurde gegen Brandt agitiert – wesentlich verdeckter zwar, aber deshalb nicht folgenlos.

Am 18. Dezember 2013 wäre Willy Brandt 100 Jahre alt ge-worden. Eine Reihe weiterer Bücher, Filme und Hörfunksen-dungen über Brandt erscheinen. Dabei wird immer wieder auch über das Verhältnis von Brandt, Schmidt und Wehner spekuliert, der damaligen »Troika«. Doch die Demontage Brandts in seiner eigenen Partei und in der veröffentlichten Meinung wird nirgends so gewertet, wie man sie meiner Mei-

nung nach werten müsste: als eine von Interessen geleitete Attacke mit – vornehm ausgedrückt – sehr fragwürdigen Methoden.

Die meisten Sozialdemokraten haben das nicht bemerkt. Es liegt jenseits ihrer Vorstellungswelt, dass sich die Führungsriege der Partei, also der Vorsitzende und seine Stellvertreter, nicht gegenseitig stützen und Erfolg wünschen, sondern Misserfolge geradezu planen. Auch ich gehörte zu den »naiven« Sozialdemokraten, die dachten, die Konkurrenz des Spitzenpersonals sollte Grenzen kennen.

Wenn sich politische Gegner außerhalb der eigenen Partei mit Gegnern in der eigenen Partei verbünden und dieser Verbund auch noch von einflussreichen Medien und Wirtschaftsinteressen gestützt wird, dann hat der betroffene Politiker keine Chance. Das gilt immer noch. Die Analyse der Treibjagd auf Willy Brandt ist in Variation anwendbar auf den Umgang mit anderen Personen: auf den Umgang mit Andrea Ypsilanti, Norbert Blüm, Oskar Lafontaine, sogar Kurt Beck.

Bis heute erfahre ich, dass Autoren und Historiker diese von mir so erlebte und empfundene Treibjagd gegen den ersten SPD-Bundeskanzler nicht als solche erkennen wollen, vielleicht auch nur nicht erkennen können. Im Gegenteil: Selbst Willy Brandt wohlgesonnene Biographen tragen die Vor- und Fehlteile, die damals gegen ihn lanciert wurden, weiter und verstellen damit den Blick auf sein politisches Vermächtnis. Man merkt an der Geschichtsschreibung zu Willy Brandt, dass er schon lange tot ist und man ihm deshalb leichter Unrecht tun kann. Auch manche Freunde des ehemaligen SPD-Vorsitzenden und Bundeskanzlers sind müde geworden, immer wieder gegen die gängig gewordenen Klischees und Vorurteile anzurennen: zum Beispiel den konstruierten Gegensatz zwischen dem »Träumer« Willy Brandt und dem »Macher« Helmut Schmidt.

Das ist schade, denn aus der Kanzlerschaft Brandts ließe sich für uns Heutige viel lernen. Sie fiel zusammen mit politischem Aufbruch und Protest, und zugleich mit einer großen Zufriedenheit mit dem politischen Leben, und im Übrigen auch mit den wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven für Menschen, die bis dahin nicht auf der Sonnenseite lebten. Sehr viele Menschen interessierten sich für das politische Geschehen und beteiligten sich. Es war eine Zeit der Veränderungen und der Reformen im guten Sinne des Wortes – zu Gunsten der Mehrheit der Menschen.

Willy Brandt war ein Glücksfall für unser Land und für seinen Politikbetrieb.

Sein Umgang mit den Menschen, seine Toleranz und Liberalität, sein Engagement für Versöhnung und Frieden im Innern und nach außen könnten wichtige Markierungen des Weges sein, den wir heute sinnvollerweise gehen könnten und sollten. Schon ein paar wenige seiner Slogans sagen viel aus: »Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein.« »Mehr Demokratie wagen.« »Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen kämpfen.«

Aber auch von Brandts strategischen Fähigkeiten und seiner praktischen Politik könnten wir viel lernen, wenn wir wollten.

Zum Beispiel könnten wir lernen, dass auf Egoismus und Spaltung und rigoroser Wahrnehmung der Interessen der Oberschicht eine gute und friedliche Gesellschaft nicht aufgebaut werden kann. Solidarität ist ungemein wichtig. Willy Brandt wusste das und warb dafür, diesen Grundwert ernst zu nehmen. Er wusste auch, dass man Menschen diese Solidarität zumuten kann. Wirtschaft nahm er ernst. Aber er erkannte, dass wirtschaftliche Kompetenz und Wohlstand nicht das Einzige sind, auf das Menschen Wert legen.

Zum Beispiel könnten wir lernen, dass man in der Politik strategisch denken muss. Die Entspannungspolitik gründete

auf einem langfristig angelegten Politikentwurf. Wo ist das heute? Strategisch denken und planen können heute offenbar nur noch die neoliberalen Ideologen.

Selbst eingefleischte Brandt-Gegner haben in den sechziger und siebziger Jahren gespürt, welch ein grandioser Vorteil und eine Ehre es für einen Deutschen war, von einem Politiker repräsentiert zu werden, der quasi überall respektiert und sogar gemocht wurde. Und wie sieht das heute aus? Bei Angela Merkel?

Mir war vergönnt, einige Zeit eng mit ihm zusammen und für ihn zu arbeiten. Ich war schon aus professionellen Gründen gezwungen zu beobachten, mit welchen Methoden und welchen Parolen gegen ihn gearbeitet wurde. Ich musste damals aus beruflichen Gründen – ich war zunächst verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit und den Wahlkampf Willy Brandts und dann Leiter der Planungsabteilung im Kanzleramt – die Vorwürfe analysieren und widerlegen, mit denen er immer wieder konfrontiert war.

Über Willy Brandt und seine Arbeit werden viele Märchen erzählt: Er sei ein Träumer gewesen und kein Macher. Intensive Schreibtischarbeit habe er vermieden. Die Träger und Macher der üblen Nachrede kannten keine Schamgrenze. Er sei psychisch labil gewesen, depressiv, ja vielleicht sogar Alkoholiker. Er sei allein ein »Außen«-Kanzler gewesen und habe von Wirtschaft und von Innenpolitik wenig verstanden. Die Liste ließe sich fortsetzen.

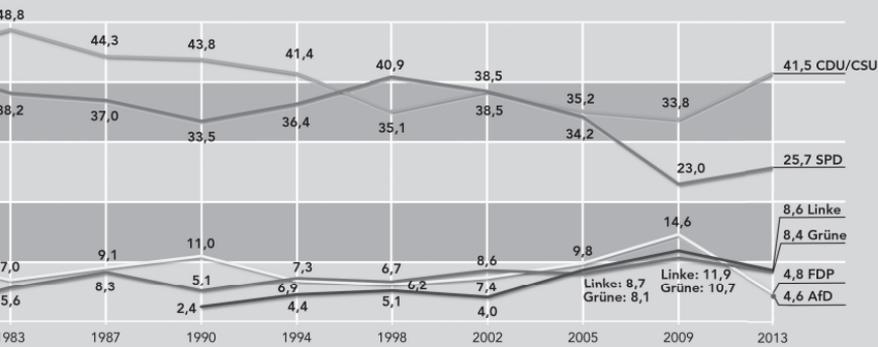
Natürlich war Brandt auch Projektionsfläche für Hoffnungen, die er vielleicht nicht bedienen konnte. Aber auch diesen Status muss man sich erst einmal erwerben.

Ein Jahrhundertpolitiker

Willy Brandt wurde am 18. Dezember 1913 in Lübeck geboren. Er hieß damals Herbert Frahm und war ein uneheliches Kind seiner Mutter Martha. Den Namen Willy Brandt nutzte er in den dreißiger Jahren im norwegischen Asyl und nahm ihn dann nach dem Krieg in Berlin als offiziellen Namen an. Dies alles ist hier nur erwähnenswert, weil seine uneheliche Geburt in der politischen Auseinandersetzung von rechten konservativen Kreisen und der CDU/CSU immer wieder für persönliche Angriffe genutzt wurde.

Der junge Frahm erlebte in seiner Kindheit und Jugend die Deklassierung der Arbeiterschaft in der deutschen Gesellschaft. Er wurde früh politisch aktiv, in der SPD und in einer Linksabspaltung, der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). 1933 emigrierte er nach Norwegen und weiter nach Schweden. Auch dies ist erwähnenswert, weil die Emigration vor den Nazis in rechtskonservativen und nationalen Kreisen auch in den späteren Auseinandersetzungen nicht als Ehrenzeichen, sondern als Makel gewertet wurde. So waren die Zeiten nach 1945.

Dreizehn Jahre lebte er in der Emigration, zeitweise mit fremder Identität in Berlin und dann auch im Bürgerkriegsspanien. In dieser Zeit stand er lebensgefährliche Situationen durch. Bei Kriegsende musste der dann 32-jährige Willy Brandt feststellen, dass viele seiner Freunde die nationalsozialistische Schreckensherrschaft und den Krieg nicht überlebt hatten. Da wird man auch später keine rheinische Frohnatur, selbst wenn



wuchs der Anteil der SPD bei den Zweitstimmen von 31,8 Prozent im Jahr 1957 auf 45,8 Prozent im Jahre 1972.

Die Bundesrepublik wurde seit ihrem Beginn von christdemokratischen Bundeskanzlern regiert, erst von Adenauer, dann von Ludwig Erhard und ab 1966 in einer Großen Koalition von Kurt Georg Kiesinger.

Die politische Großwetterlage und die innenpolitischen Auseinandersetzungen wurden in den fünfziger und sechziger Jahren stark von der Konfrontation zwischen West und Ost geprägt. In Berlin war dies besonders zu spüren: durch die ständige Bedrohung der Zugangswege und der Versorgung der Stadt. Berlin war abhängig vom Wohlwollen der westlichen Alliierten, die die Hoheit über den westlichen Teil der Stadt hatten. Willy Brandt war als Regierender Bürgermeister Teil der Auseinandersetzung. Das ergab sich aus seiner Funktion als Regierender Bürgermeister. Er warb damals um die Garantien der Amerikaner für die Stadt. Typisch und symbolisch dafür war der Besuch Kennedys in Berlin und sein Bekenntnis »Ich bin ein Berliner«. Diese Zeit hat das rationale und emotionale

Verhältnis Willy Brandts zu den USA stark geprägt. Er fand beispielsweise die Proteste gegen den Vietnamkrieg nicht gut. Freunden fällt man nicht in den Rücken, auch wenn sie etwas falsch machen. So könnte man seine Haltung beschreiben.

Der Konfrontation zwischen Ost und West ging einiges voraus: die bewusste Integration der Bundesrepublik in den Westen, die Westbindung, wie man das nannte, die Bundeskanzler Adenauer mit aller Macht betrieb. Typisch dafür waren die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland und der Beitritt zur NATO. Zur gleichen Zeit gab es in Deutschland Kräfte, die versuchten, vor der Wiederbewaffnung und Westbindung noch zu klären, ob es nicht doch ein Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands geben könne. Wichtiger Repräsentant dieser Bewegung war Gustav Heinemann. Er war Mitglied der CDU gewesen und Innenminister des ersten Kabinetts Adenauer und trat von diesem Posten zurück, als Adenauer die Wiederbewaffnung vorantrieb. Gustav Heinemann gründete zusammen mit einigen anderen später bekannten Persönlichkeiten die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP). Diese Partei blieb bei Wahlen erfolglos, Heinemann und einige andere Aktive der GVP traten später der SPD bei – darunter Johannes Rau und Erhard Eppler.

Die Versuche, das Auseinanderdriften der beiden deutschen Teile aufzuhalten, konnten die Eskalation nicht verhindern. Der Zugang nach Berlin war immer wieder unsicher. Am 13. August 1961 wurde die Mauer gebaut. Westberlin fühlte sich bedroht. Willy Brandt bat um eine sichtbare Unterstützung durch die US-Regierung. Währenddessen reiste Bundeskanzler Konrad Adenauer durch Bayern und polemisierte gegen den unehelichen Herbert Frahm. Das war eine der typischen Verletzungen, denen Willy Brandt beständig ausgesetzt war.

Schon vor dem Mauerbau hatte sich ein Kreis um Willy Brandt in Berlin Gedanken darüber gemacht, wie man zu einer

Verständigung zwischen Ost und West kommen könne. Egon Bahr trug die Konzeption 1963 bei einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing vor. Das Kernelement dieser Strategie lautete: »Wandel durch Annäherung«. Diese Überlegungen zur Überwindung der Konfrontation zwischen Ost und West führten ebenso wie wachsender Unmut in weiten Kreisen über die verkrusteten Verhältnisse der von Adenauer geprägten westdeutschen Republik zu einer Umbruch- und Aufbruchstimmung. Schon vor Beginn der eigentlichen 68er-Bewegung gab es in Deutschland eine Reformdebatte. Wir waren unzufrieden damit, dass die weiterführenden Schulen und Hochschulen für Kinder aus Arbeiterfamilien de facto blockiert waren. Wir protestierten gegen die schlechte Einkommensverteilung und die Konsequenzen der Bodenspekulation für die Planung unserer Städte. Wir beschäftigten uns mit der verlogenen Sexualmoral der herrschenden Gesellschaft wie auch mit der Unfähigkeit und Unwilligkeit unserer Eltern und Großeltern, mit uns über die Nazivergangenheit zu sprechen.

Willy Brandt wurde für viele eine Art Projektionsfläche für die Hoffnungen auf ein erneuertes, für ein liberaleres und sozialeres Deutschland und auf ein friedliches Europa.

Bei der Bundestagswahl 1965 schafften es Willy Brandt und die SPD noch nicht zum Regierungswechsel. Doch das Bündnis aus CDU, CSU und FDP scheiterte nach gut einem Jahr. Ab Dezember 1966 wurde das Land von einer Großen Koalition regiert. Zum Bundeskanzler war am 1. Dezember 1966 Kurt Georg Kiesinger (CDU) gewählt worden. In seiner Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 musste der CDU-Bundeskanzler bekennen:

»Der Bildung dieser Bundesregierung, in deren Namen ich die Ehre habe, zu Ihnen zu sprechen, ist eine lange schwelende Krise vorausgegangen, deren Ursachen sich auf Jahre zurückverfolgen lassen.«

Willy Brandt wurde Außenminister und Vizekanzler. Er war nicht begeistert von der Großen Koalition – und hatte als Parteivorsitzender auch viel Protest und Kritik auszuhalten. Das Fußvolk der SPD wollte nach siebzehn Jahren Kanzlerherrschaft der CDU endlich einen eigenen Bundeskanzler an der Spitze der Regierung sehen. Helmut Schmidt und Herbert Wehner waren die eigentlichen Initiatoren der Großen Koalition. Herbert Wehner wurde Gesamtdeutscher Minister im Kabinett Kiesinger, Helmut Schmidt war Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Das Ergebnis der gemeinsamen Regierung mit der Union war nicht schlecht. Immerhin gelang es, unter Federführung des sozialdemokratischen Bundeswirtschaftsministers Professor Dr. Karl Schiller und gemeinsam mit CSU-Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß die erste wirtschaftliche Krise nach 1945 zu überwinden.

Auch drei weitere Leistungen der Großen Koalition zeigen beispielhaft sowohl die soziale Verpflichtung als auch die Modernität, die damals möglich wurden: Arbeiter waren im Unterschied zu Angestellten bis dahin nicht in den Genuss der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gekommen. Die Große Koalition verschaffte ihnen dieses Recht. Sie ersetzte auch die sogenannte Allphasenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer und leistete damit einen dringend notwendigen Beitrag gegen Konzentrationstendenzen in der deutschen Wirtschaft.

In der neuen Ostpolitik kam Außenminister Willy Brandt zunächst ein gutes Stückchen weiter. Brandt sicherte die neue Konzeption zum Abbau der Ost-West-Konfrontation bei den westlichen Verbündeten ab und streckte Fühler nach Osten aus. Aber Bundeskanzler Kiesinger und die Union sperrten sich gegen wirkliche Fortschritte, gegen den Durchbruch durch eine Anerkennung der Grenzen nach Osten. Willy Brandt, wie auch eingeweihten Freunden, war klar, dass es so nicht weitergehen

konnte. Brandt wollte den Wechsel und hatte sich deshalb entschlossen, 1969 ein drittes Mal als Kanzlerkandidat anzutreten.

Am 13. März nominierte das Präsidium der SPD Willy Brandt zum Kanzlerkandidaten. Das entsprach dem Wunsch der überwiegenden Mehrheit in der SPD und der Sympathisanten außerhalb der eigenen Reihen. Aber unter der Decke rurmorte es zu dieser Zeit schon. Es gab SPD-Spitzenleute, die sich für den besseren Kanzler hielten.

Ich war damals Redenschreiber von Karl Schiller. Mein Freund und Kollege Ulrich Pfeiffer und ich waren fast die einzigen Sozialdemokraten im Leitungsbereich von Karl Schiller. Deshalb ließ er uns zu sich kommen, wenn er über sozialdemokratische Interna sprechen wollte. So auch unmittelbar nach der Nominierung Willy Brandts zum Spitzenkandidaten durch das SPD-Präsidium. Er ließ nach seinen »Hippies« rufen, wie er uns in Erinnerung an seine Universitätsvergangenheit nannte. Als ich in Schillers Ministerbüro kam, stand er sichtlich aufgewühlt hinter seinem Schreibtisch, mit einem grünen Heft in der Hand. Er fragte, ob ich mir erklären könne, wie das SPD-Präsidium auf die Idee kommen könne, nicht ihn, sondern Willy Brandt zum Kanzlerkandidaten zu ernennen. Die Umfragen von Infratest, deren letzte Erhebung er in der Hand hielt, zeigten doch deutlich, dass nur Gustav Heinemann, der gerade gewählte Bundespräsident, populärer sei als er, der Bundeswirtschaftsminister. Ich war im doppelten Sinne sprachlos, weil ich bei allem Respekt und der großen Bewunderung für Karl Schiller nie auf die Idee gekommen wäre, er wäre ein guter Bundeskanzler. Er wäre wirklich ein »Teilkanzler« geworden – ein Vorwurf, der später gegen Willy Brandt immer wieder erhoben wurde.

Trotzdem war Karl Schiller ein wichtiges Pfund in der Auseinandersetzung im folgenden Wahlkampf. Denn ein eigentlich kaum zu vermittelndes Thema wurde eines der Schwerpunkte:

die von Bundeswirtschaftsminister Schiller geforderte Aufwertung der D-Mark. Hier konnte sich die SPD mit Wirtschaftskompetenz profilieren und drang mit ihrem Wahlkampf in konservative Kreise ein, jedenfalls in die der sogenannten Aufsteiger und Wirtschaftsexperten.

Brandts Stellvertreter in der SPD, Herbert Wehner, und auch der Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt neigten dazu, die Große Koalition fortzusetzen, Willy Brandt setzte auf den Wechsel und auf den Gewinn der Kanzlerschaft mithilfe der FDP. Das gelang, wenn auch knapp. 1969 wurde Willy Brandt zum Bundeskanzler gewählt. Die Regierungserklärung vom 28. Oktober enthielt einige visionäre und emotionale Ankündigungen: »Mehr Demokratie wagen.« »Wir fangen erst richtig an.« »Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein.«¹

Mit der in der Großen Koalition von SPD-Seite vorbereiteten Entspannungspolitik mit dem Osten ging es dann Schlag auf Schlag: Schon am 19. März 1970 Besuch Willy Brandts in Erfurt, damals DDR, am 21. Mai 1970 der Gegenbesuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR Stoph in Kassel, am 12. August 1970 der Moskauer Vertrag, dann am 7. Dezember 1970 der Warschauer Vertrag, 1971 die Unterschrift unter das Viermächteabkommen über Berlin, 1972 der Grundlagenvertrag und Verkehrsvertrag mit der DDR, dann 1973 noch der Prager Vertrag. Wichtiges Element aller dieser Vereinbarungen und Treffen: Gewaltverzicht. Eine weitere Krönung der Ostpolitik kam unter dem neuen Bundeskanzler Helmut Schmidt 1975 hinzu: die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki.

Das Ergebnis dieser Politik war eine veränderte Welt. Es wurde der Grundstein für das Ende der Konfrontation in Europa und damit auch für die deutsche Vereinigung gelegt. Nicht nur Helmut Kohl war »Kanzler der Einheit«, auch Willy Brandt und Helmut Schmidt verdienen diesen Titel.

Oft wird übersehen oder abgestritten, dass neben der Ostpolitik auch die Politik der inneren Reformen gestartet wurde und beachtlich erfolgreich war. Es wird gesagt, die Regierung Brandt habe eine Art Versandhauskatalog² verkündet. Versandhäuser sind nützliche Einrichtungen. Im Versandhaus des Kanzlers Brandt gab es keine Revolution und keine Systemveränderung zu kaufen, dafür aber nützliche Angebote, die das Leben vieler Menschen zum Besseren wendeten: den Beginn des Umweltschutzes mit konkreten Gesetzen und Verordnungen, die Amnestie für Demonstranten³, das Städtebauförderungsgesetz, die Dynamisierung der Kriegsofferrenten, die flexible Altersgrenze, die Herabsetzung des Wahlalters auf achtzehn Jahre, kostenlose Vorsorgeuntersuchungen gegen Krebs, ein neues Betriebsverfassungsgesetz, das 624-DM-Vermögensbildungsgesetz, die Anhebung der Kleinrenten, Unfallversicherungsschutz für Kindergartenkinder, Schüler und Studenten, die Öffnung der Rentenversicherung für Hausfrauen und Selbstständige, erstmalig die Krankenversicherung für Landwirte, ein neues Bundesausbildungsförderungsgesetz, mehr Geld für Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung und verstärkter Hochschulausbau, und so weiter.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland hatten offenbar verstanden, dass der »Versandhauskatalog« der Regierung Brandt Nützliches enthielt und das Etikett Reformen verdient. »Wort gehalten« hieß ein Flugblatt der SPD, das gegen Ende der abgekürzten Legislaturperiode ab dem 20. September 1972 in einer Auflage von 17,4 Millionen verteilt wurde und die Sympathien für die Regierung Brandt zwei Monate vor der Bundestagswahl spürbar ansteigen ließ.

Die Legislaturperiode vom Oktober 1969 bis zum vorgezogenen Wahltermin am 19. November 1972 war eine turbulente Zeit. Es tat sich viel Positives. Aber zugleich rannten eine Mehrheit der CDU und CSU sowie Wirtschaftskreise und Vertriebe-

nenverbände massiv und ständig gegen die Politik der neuen Regierung an. Abgeordnete der SPD und der FDP wechselten die Reihen, weil ihnen die Versöhnung mit dem Osten nicht passte oder weil sie einfach nur abgeworben worden waren. Es kam zu Neuwahlen, weil die Regierung Brandt keine Mehrheit mehr hatte. Die Wahl brachte dann am 19. November ein überzeugendes Votum für die Fortsetzung von Brandts Arbeit. Doch die Koalitionsverhandlungen wurden praktisch ohne den kranken Wahlsieger geführt. (Dazu später ausführlich.)

Am 6. Mai 1974 trat Willy Brandt als Bundeskanzler zurück. Helmut Schmidt wurde Bundeskanzler und blieb dies bis Ende September 1982.

Brandt blieb nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler Vorsitzender der SPD und war auch weiterhin vielfältig tätig – hoch geehrt als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale und der sogenannten Nord-Süd-Kommission. 1992 starb Willy Brandt.